



VVN / BdA Augsburg Kreisverband Augsburg

Anne Rieger

Landessprecherin der VVN-BdA Baden-Württemberg

Rede anlässlich der Gedenkfeier „Für die Opfer des Faschismus“
am 1.11.2007 auf dem Westfriedhof in Augsburg

Liebe Antifaschistinnen, liebe Antifaschisten,

Wenn wir heute der Augsburger Widerstandskämpfer gegen das
faschistische Terrorregime in Deutschland gedenken,

lässt uns die aktuelle Situation in Deutschland, in Europa keinen
Augenblick los:

- Bei der Europawahl 2004 sind so viele rechtsextreme, faschi-
stische Parteien ins Europaparlament eingezogen wie nie zu-
vor.
- Andreas Mölzer, EU-Abgeordneter der FPÖ, installierte eine
„Rechtsaußenfraktion“ im Europa-Parlament.
- In der Schweiz hat der Millionär Blocher mit seinem rassisti-
schen Wahlkampf nahezu 30 Prozent der abgegebenen Stim-
men erhalten.
- Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer warnt
zu Recht vor einem zunehmenden Einfluss extremer Rechter
in verschiedenen europäischen Ländern,
- Die Widerstandskämpfer befürchten, das dieser wachsende
Einfluss das politische Klima in Europa nachhaltig negativ be-
einflussen kann.

In Deutschland sind neofaschistische Parteien

- in 4 Landesparlamenten,
- in mehreren Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin,
- bundesweit in mehr als 100 Kommunen vertreten.

Die NPD erhielt so 5,1 Mio Euro Steuergelder in 6 Jahren. Mindestens 20 Immobilien besitzt die rechte Szene nach Angaben der Bundesregierung, die als Veranstaltungs-, Schulungs- oder Konzerträume genutzt werden.

Über 120 Menschen wurden von Neofaschisten in den letzten 17 Jahren ermordet, der erste war Sadri Berisha, der 1992 in der Nähe von Stuttgart nachts in seinem Bett ermordet wurde.

Tausende Menschen wurden

- überfallen,
- gedemütigt,
- misshandelt,
- krankenhauserreif geschlagen,
- erhielten bleibende gesundheitliche Schäden,

in Westdeutschland ebenso wie in Ostdeutschland

- in Mügeln ebenso wie
- in westdeutschen Städten.



Die Zahl neofaschistischer Straftaten steigt.

Dieser Tage wurde bei Thorsten Heise, Bundesvorstandsmitglied der NPD, eine

- Maschinengewehr und eine
- Maschinenpistole gefunden.

Jede Woche marschieren Neofaschisten in mehreren deutschen Städten, erst kürzlich in

- Singen,
- Biberach,
- Friedrichshafen,
- Frankfurt,
- in 2 Tagen hier in Augsburg
- Hass CDs werden auf Schulhöfen verteilt.
- Fußballstadien werden als Tribüne für rassistische Hassgesänge und Überfälle genutzt.
- Neofaschisten sprengten eine Veranstaltung der Hamburger DGB-Jugend,
- in Gaggenau versuchten sie es bei der 1. Mai Feier des DGB
- In Elmshorn musste der Bevollmächtigte der IG Metall fast ein Jahr lang eine kugelsichere Weste tragen, weil er von Faschisten bedroht wurde.

Mit ihren sozialdemagogischen Parolen finden Neofaschisten zunehmend Gehör in einer kapitalistischen Gesellschaft,

- in der die Spaltung zwischen Superreich und Arm täglich spürbarer wird
- und immer mehr Menschen bedroht.
- Das Tagebuch der Anne-Frank wurde öffentlich verbrannt
- 1994 brannte erstmals nach 1945 in Lübeck wieder eine Synagoge
- Mitglieder der Neonazis „Kameradschaft Süd“ planten einen Anschlag auf die Grundsteinlegung für das neue jüdische Zentrum in München.

Offensichtlich gibt es keine Hemmschwelle mehr, nach dem peinlich eingestellten Verbotsverfahren gegen die NPD.

Ungeniert werden die Aktionen und Erscheinungsformen neofaschistischer organisierter Gruppen von den politischen Eliten geduldet. Das zeigt

- der an die Wand gefahrene Verbotsprozess gegen die NPD,
- die Missachtung der alliierten Kontrollratsgesetze
- die Billigung eines antijüdischer Aufmarsch vor dem Neubau einer Synagoge durch das Bundesverfassungsgericht.

Die NPD, diese organisierte Zusammenrottung von Neonazis ist nach Einschätzung von Innenminister Schäuble eine antidemokratische, antisemitische und verfassungsfeindliche Partei.

Zitat Schäuble „Sie erfüllt damit grundsätzlich die materiellen Voraussetzungen für ein Parteiverbot“.

Hier an dieser Gedenkstätte fordern wir die Auflösung und das Verbot aller neofaschistischen Organisationen, Parteien und Kameradschaften. Im ersten Schritt fordern wir das Verbot der NPD.

Das ist nach dem alliierten Kontrollratsgesetz möglich und sogar nötig. Dort ist das Verbot der Nazi-Partei mit allen Gliederungen festgelegt und ergänzt, Zitat:

„Es sind Sicherheiten zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“ Zitat Ende.

So kam auch der antifaschistische Auftrag in unser GG.

Mit uns fordern 150 000 Menschen das Verbot der NPD, innerhalb von 9 Monaten haben sie unseren Brief an die Bundestagsabgeordneten unterschrieben,

einer der ersten war DR. Paul Wengert, Ihr Oberbürgermeister, auch der Bundestagsabgeordnete Heinz Paula und der Alt-Oberbürgermeister Hans Breuer wollen diese terroristische Partei verbieten. SPD-Innenminister, SPD Parteitag, Verdi-Gewerkschaftstag, Kirchenleute, Schauspieler, Wissenschaftler.

Es gibt Bedenken, auch in unseren Reihen, ich weiß es.

Warum bin ich trotzdem dafür?

Als allererstes, weil die NPD die Demokratie abschaffen will.

Ich zitiere Udo Voigt, ihren Bundesvorsitzenden: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat.“ Mit diese Drohung gegen unsere Republik steht die NPD in der Tradition ihres historischen Vorbildes:

Die Terroristen der NSDAP haben alle demokratisch erkämpften Errungenschaften der Weimarer Republik zerschlagen – und damit die Republik selbst. Dann begannen sie den Agressionskrieg, der Mio Menschen das Leben kostete.

Sabine Leutheusser Schnarrenberger, ehemalige Bundesjustizministerin wendet gegen ein Verbot ein: ich zitiere: „Es ist einer pluralistischen Demokratie wesensfremd, andere Parteien zu verbieten – seien sie noch so menschenverachtend und widerlich. Entsprechend hoch sind die Hürden, die das Grundgesetz vorgibt“ Zitat Ende.

Ein ernst zu nehmender Einwand. Natürlich dürfen nicht leichtsinnig Verbote ausgesprochen werden.

Aber wenn prominente Juristen sagen, die Demonstrationsfreiheit sei die Luftröhre der Demokratie – dann bleiben wir im Bild und antworten darauf: die Nazis gehen der Demokratie an die Gurgel.

Wir können nicht politische Freiheit für die fordern, die vor den Augen unserer Eltern die Demokratie schon einmal abgeschafft haben. Denn die NPD handelt nach dem Rezept des Propagandisten der NSDAP; Joseph Goebbels. 1928 schrieb er in der Zeitung, „Der angriff“, Zitat:

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. ... Wenn die Demokratie so dumm ist, uns dafür Freikarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigenen Sache. Wir kommen als Feinde. Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“ Zitat Ende von Joseph Goebbels.

Deutlich erkennen wir: Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen.

Ein weiterer Einwand ist, mit Verboten könne nicht das rechtsextreme Denken abgeschafft werden. Wir dürfen nicht verbieten, sondern müssten aufklären.

Gedanken können nicht verboten werden – das ist eine Bindenweisheit.

Verboten werden aber kann die Verbreitung

faschistischer, antidemokratischer, menschenverachtender Auffassungen.

Verboten und aufgelöst werden können die Organisationen, die hinter diesen Auffassungen stehen und ihre Verbreitung organisieren und finanzieren, die das Denken unserer Kinder und Enkel mit Hass gegen andere Menschen vergiften wollen.

Natürlich ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Neofaschismus nach einem Verbot der NPD nicht zu Ende. Natürlich werden wir sie weiterführen - so wie meine Organisation sie die VVN- Bund der Antifaschisten schon seit 60 Jahren aufklärt.

Unser Focus ist nicht Aufklärung **oder** Verbot - sondern Aufklärung **und** Verbot. Zivilcourage **und** Staatscourage, beides ist notwendig, um das Gift des Menschenhasses zu stoppen.

Ein anderer Einwand lautet, wenn die NPD verboten ist, werden die Organisatoren eine andere Partei gründen.

Ja, das kann sein – aber so leicht ist das nicht. Ich arbeite in der Gewerkschaft. Ich stelle mir vor, unserer Organisation würde verboten.

Was würde das bedeuten:

die führenden Köpfe wären im Gefängnis, die Häuser enteignet, die Gelder eingezogen, die Mitgliederlisten samt Servern eingezogen, das Verbreiten unserer Vorstellungen und Forderungen verboten.

So leicht und schnell lässt sich eine neue Organisation nicht wieder aufbauen. Die NPD ist zum Gravitationszentrum der neofaschistischen Szene geworden.

- Ihr Verbot würde das neofaschistische Lager stark schwächen.
- Parteivermögen und Immobilienbesitz würden eingezogen
- Die Parteizeitung „Deutsche Stimme“ und andere Publikationen würden eingestellt
- Millionen Wahlkampfkostenerstattung gäbe es nicht,
- die Finanzierung der Fraktionen in Landtagen, Kommunen, Kreisen, Bezirken durch unsere Steuergelder entfielen, damit ihre Öffentlichkeitsarbeit

- Keine Verteilung von Hass- CD´s auf Schulhöfen
- Spenden wären nicht steuerlich absetzbar.
- Die NPD-Gliederungen könnten keine Aufmärsche oder Veranstaltungen mehr anmelden oder durchführen
- die Polizei müsste ihre Aufmärsche nicht mehr schützen

Es wäre eine enorme Schwächung des Neofaschistischen Lagers, denn der gesamte Apparat der NPD bräche zusammen. Diesen Schritt wirksam zu gehen, das hieße für die Regierenden in der Bundesrepublik, aus der Geschichte zu lernen – und ein positives Beispiel zu geben in Europa.

Mit der Illegalität der NPD würde der Verfolgungsdruck endlich gegen Nazis gerichtet, statt gegen fortschrittliche Antifaschisten, die sich in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und in Auseinandersetzung mit den Neonazis für demokratische und soziale Rechte und Freiheiten und gegen den Militarismus und den Antisemitismus einsetzen.

Innenminister Herrmann fordert, den Bedenken des Bundesverfassungsgerichtes Rechnung zu tragen. Ja, richtig, das soll getan werden.

Das Bundesverfassungsgericht hatte die Innenminister aufgefordert, die Agenten des Verfassungsschutzes aus den obersten Gremien der NPD zurückzuziehen. Innenminister weigern sich, angeblich, um Kontrolle über die NPD zu haben und Straftaten zu verhindern.

Darüber bin ich am meisten empört:

Die Innenminister wollen die Kontrolle über die NPD haben um Straftaten zu verhindern. Aber wir lesen es doch beinahe täglich in der Zeitung: die Straftaten werden mehr und mehr

2006 haben sie gegenüber 2004 um 50 % zugenommen.

Wir brauchen keinen Verfassungsschutz, um zu kontrollieren, was die NPD macht, jede kleine Antifa-Gruppe, jeder Journalist, der sich mit dem Thema befasst, weiss eher und mehr als er Verfassungsschutz was die NPD plant – sie verheimlichen es ja auch nicht auf ihren Internet Seiten.

Einem VVN-Mitglied in der Nähe von Stuttgart, hat die NPD die Drohung eines toten Fuchses nachts an den Briefkasten gehängt. Hat der Verfassungsschutz das verhindert? Weiß er heute sechs Wochen später, wer es war? Natürlich nicht. Der Verfassungsschutz ist blind und taub.

Wir fordern die alle Innenminister auf, ziehen sie ihre Agenten aus der NPD ab, dann kann sich das Bundesverfassungsgericht endlich mit dem Verbot der NPD befassen kann. Denn inhaltlich ist über das Verbot bisher nie beraten worden.

Wann, wenn nicht jetzt soll die NPD verboten werden? 1932/33 konnten die damaligen Zeitzeugen noch sagen: Wenn wir das alles gewusst hätten, was danach gekommen ist, dann hätten wir konsequent Widerstand geleistet.

Uns, den heutigen Zeitzeugen, ist diese Ausrede nicht mehr erlaubt.

